

# Informationsblätter

## Die Militarisierung der Europäischen Union

In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Europäische Union noch weiter von einer „Union des Friedens“ entfernt. Die russische Invasion in die Ukraine 2022 hatte nicht nur eine Welle der Solidaritätsbekundungen, sondern auch eine Fülle von finanziellen, humanitären und militärischen Hilfen zur Folge. Der mehrjährige Finanzrahmen der EU für die Jahre 2021 bis 2027<sup>1</sup> stellt noch nie dagewesene Summen für militärische Verteidigung bereit, und diese wurden in der Folge von Russlands Invasion der Ukraine noch weiter aufgestockt. Nach dem Amtsantritt von Joe Biden 2021 als US-Präsident wollte die EU verstärkt sicherheitspolitisch auf eigenen Beinen stehen, zumal eine Wiederwahl Trumps durchaus möglich erscheint. Dabei wird allerdings weiter auf militärische Abschreckung gesetzt, anstatt eine völlig eigenständige zivile Sicherheitspolitik zu verfolgen. In diesem Infoblatt sollen die Entwicklungen hin zu einer weiteren Militarisierung der EU aufgezeigt werden.

### Zeitenwende zum Schlechten

Seit ihrem ersten Tag im Amt 2019<sup>2</sup> hatte sich die EU-Kommission zum Ziel gesetzt, die EU in der Welt geopolitisch zu stärken.<sup>3</sup> Diese Entwicklung kann sicherlich vor dem Hintergrund der zu dem Zeitpunkt 2019 bereits bestehenden und seitdem weiter eskalierten russischen Aggression gegen die Ukraine gesehen werden. Ein Politikwechsel der neuen EU-Kommission 2024 ist kaum zu erwarten.

### Meilensteine der Militarisierung der EU

Etabliert durch den Vertrag von Maastricht im Jahre 1992 legte die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) erstmals Ziele hinsichtlich einer gemeinsamen Außenpolitik vertraglich fest. Anfangs war in der GASP noch keine spezifische Militärkomponente enthalten. Durch den Kosovo-/Jugoslawienkrieg im Jahre 1999 wurde jedoch die Begründung einer gemeinsamen Militärpolitik innerhalb der EU aufgebaut. 1999 fiel im Zuge des European Headline Goal Treffens in Helsinki der Beschluss, europäische Interventionstruppen („European Rapid Reaction Forces“). Der Beschluss zum Aufstellen dieser Interventionstruppen wird häufig als Geburtsstunde der Militarisierung bezeichnet. Weitere Schritte waren die Einrichtung eines Militärausschusses im Jahr 2000, die Verabschiedung der Europäischen Sicherheitsstrategie im Jahr 2003 sowie 2004 die Gründung von EU-Kampfgruppen, den sog. Battlegroups.

Nach diesen richtungsweisenden Anfängen trat 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft. Der Reformvertrag brachte insbesondere zwei Veränderungen mit sich, welche die Konstruktion der Europäischen Union als Militärmacht vorantrieben: Zum einen wurde in Ablösung zur Europäischen

<sup>1</sup> <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-long-term-budget/>

<sup>2</sup> Die Amtszeiten der EU-Kommission entsprechen denen des Europäischen Parlaments.

<sup>3</sup> Colibășanu (2022), The Geopolitical Power of EU in the Making (?): A Question of the War in Ukraine in Romanian Journal of European Affairs Band 22 Ausgabe 1, verfügbar unter: <https://www.proquest.com/openview/3aade9eb96b05e781ea0cedbc3dfbec7/1?pq-origsite=gscholar&cbl=75965>

Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) geschaffen. Diese enthält neben ihrer militärisch gestützten Operationsfähigkeit ebenso friedensorientierte Bestimmungen und betont die zivilen Handlungsfähigkeiten der EU. Als zweite große Veränderung durch den Vertrag von Lissabon ist die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) zu nennen.<sup>4</sup>

Direkt nach der russischen Invasion gab der Rat der EU am 28. Februar 2022 zum ersten Mal in der Geschichte der Union grünes Licht, Waffen zu finanzieren, die in Kriegsgebieten eingesetzt werden. Dabei handelte es sich um 450 Millionen Euro für die direkte Anschaffung von Waffen und weitere 50 Millionen Euro für Treibstoff und Schutzkleidung. Als Konter gegen pazifistische Kritik antwortete der hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, damals: „Die EU will den Frieden in Europa, aber wir müssen bereit sein, diesen Frieden zu verteidigen“.<sup>5</sup> Dass Verteidigung nicht militärisch sein muss, wird dabei konsequent ignoriert. Laut den EU-eigenen Zahlen beläuft sich die Militärhilfe an die Ukraine auf 6,6 Milliarden Euro (inklusive der sog. Europäischen Friedensfazilität). Werden die Beiträge der Union und ihrer Mitgliedsstaaten addiert, dann handelt es sich (Stand März 2024) um 33 Milliarden Euro. Das Verhältnis zu humanitären Hilfen ist dabei katastrophal. Diese beliefen sich nämlich laut EU-Zahlen auf nur drei Milliarden Euro, wobei nur 840 Millionen direkt von der EU kamen.<sup>6</sup> Es wurde also laut eigenen Zahlen durch die EU und ihre Mitgliedsstaaten ca. 9,5-mal so viel Militärhilfe wie humanitäre Hilfe geleistet.<sup>7</sup> Schaut man nur auf die Gelder, die direkt von der EU kommen, war es ca. das Achtfache.

Da die EU ein Staatenbund ist, muss die Militarisierung der EU auch im Kontext der einzelnen Mitgliedsstaaten gesehen werden. Laut Daten des Stockholmer Institut für Internationale Friedensforschung (SIPRI) sind die Militärausgaben der EU-Mitgliedsstaaten über die letzten 10 Jahre insgesamt im Schnitt um knapp 70% gestiegen und beliefen sich im Jahr 2022 auf insgesamt 254,8 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Im selben Jahr betragen die Militärausgaben Russlands laut SIPRI „nur“ etwa 68,5 Milliarden Euro<sup>8</sup> (wobei SIPRI diese Zahlen als wenig verlässlich einstuft). Sollten diese Zahlen zutreffend sein, würde dies bedeuten, dass die EU-Länder fast viermal so hohe Militärausgaben als Russland getätigt haben. Nur China und insbesondere die USA haben mehr ausgegeben<sup>9</sup>. Schätzungen der NATO vom Juni 2023 legen nahe, dass die Rüstungsausgaben der EU-Mitgliedsstaaten 2023 nochmal kräftig angestiegen sind. Für die 22 EU-Mitgliedsstaaten, die auch gleichzeitig Teil der NATO sind, wurden für das Jahr 2023 im Schnitt 24,69% höhere Militärausgaben geschätzt als im Vorjahr.<sup>10</sup>

## Der Europäische Finanzrahmen 2021-2027

Der Europäische Finanzrahmen (eine Art EU-Budget) für den Zeitraum 2021 bis 2027 stellt eine noch nie dagewesene Summe an Geldern für „Sicherheit und Verteidigung“ bereit. Insgesamt waren ursprünglich 43,9 Milliarden Euro vorgesehen, mehr als doppelt so viel als im vorherigen Finanzrahmen; eine Summe, die dann bis Anfang 2024 nochmal um ca. 9 Milliarden Euro<sup>11</sup> aufgestockt wurde. Neben Militärausgaben im klassischen Sinne fallen unter diesen Verwendungszweck allerdings auch Ausgaben für Grenzschutz oder Polizei.

---

<sup>4</sup> Auszug aus dem Infopapier zur Militarisierung der EU aus dem Jahr 2018, verfasst von Sarina Wassermann.

<sup>5</sup> <https://www.ceps.eu/the-european-peace-facility/>

<sup>6</sup> <https://www.consilium.europa.eu/en/infographics/eu-solidarity-ukraine>

<sup>7</sup> Selbst wenn man die knapp 17 Milliarden Euro miteinbezieht, die seit Kriegsbeginn für ukrainische Geflüchtete ausgegeben wurden, bleibt das Verhältnis alles andere als ausbalanciert.

<sup>8</sup> Diese Geldmengen wurden nach dem durchschnittlichen Wechselkurs des Jahres 2022 (0,951) umgerechnet

<sup>9</sup> <https://www.sipri.org/databases/milex>. Daten sind laut Dokumentation Dollarangaben nach festgelegten Wechselkursen und Preisen von 2022 FEVF

<sup>10</sup> [https://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/2023/7/pdf/230707-def-exp-2023-en.pdf](https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2023/7/pdf/230707-def-exp-2023-en.pdf)

<sup>11</sup> Die ca. 9 Millionen Euro setzen sich aus den 6,3 Milliarden zusätzlich für die Europäischen Friedensfazilität EFF und jeweils 1,5 Milliarden mehr für den Europäische Verteidigungsfonds EVF und 1,5 Milliarden für die European Defence Industry Programme (EDIP) zusammen.

Die größte Erhöhung findet sich beim sogenannten „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF), der im Vergleich zu seinen Vorgänger-Organisationen bzw. -Programmen eine Aufstockung um das 13,6-fache auf ca. acht Milliarden Euro erfahren hat.<sup>12</sup> Mit diesem Fonds sollen militärische Forschungsprojekte gefördert und die gemeinsame Entwicklung von Verteidigungsprodukten und -technologien unterstützt werden. Dabei kann dieser Fonds auch zum ersten Mal dazu genutzt werden, um hochtechnisierte militärische Waffensysteme zu entwickeln. Allerdings sind vollständig autonome Waffen von der Finanzierung explizit ausgenommen.<sup>13</sup> Die Finanzierung anderer „neuartiger Militärtechnologien“ ist aber durchaus zu erwarten. Vorgängerprogramme haben unter anderem Investitionen in Quantentechnologie, künstliche Intelligenz oder sogar „gerichtete Energiewaffen“ finanziert.<sup>14</sup> Die Entwicklung von Produkten und Technologien, deren Verwendung, Entwicklung oder Herstellung nach geltendem Völkerrecht verboten ist, darf nicht mit Geldern aus diesem Fonds gefördert werden. Dazu würden laut dem „European Network Against Arms Trade“ (ENAAAT) unter anderem Cluster-Bomben, blendende Laser und Senfgas gehören. Diese Begrenzung trifft jedoch nicht unbedingt auf alle Arten von Massenvernichtungswaffen, darunter auch Atomwaffen, zu.<sup>15</sup>

#### Abkürzungen

ASAP = Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Förderung der Munitionsproduktion

EDIP = European Defence Industry Programme

EDIRPA = Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung

EDIS = Europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie

EFF = Europäische Friedensfazilität

EVF = Europäischer Verteidigungsfonds

GASP = Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

GSVP = Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Der EVF ist nicht nur ethisch, sondern auch rechtlich durchaus fragwürdig. Artikel 41 (2) des EU-Vertrages besagt, dass „Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)<sup>16</sup> nicht aus dem EU-Haushalt kommen dürfen.<sup>17</sup> Ein Rechtsgutachten des renommierten Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano im Auftrag der EP-Fraktion GUE/NGL kam zu dem Schluss, dass der EVF gegen EU-Recht verstößt.<sup>18</sup>

### Europäische Friedensfazilität

Eine weitere signifikante Geldquelle für Verteidigungsausgaben stellt die sogenannte „Europäische Friedensfazilität“ (EFF) dar. Sie tritt die Nachfolge des „Athena-Mechanismus“<sup>19</sup> und der Afrikanischen Friedensfazilität an. Im neuen Finanzrahmen sollte die EFF ursprünglich ca. 5,7 Milliarden Euro erhalten. Das wäre bereits mehr als doppelt so viel gewesen, als seine Vorgänger bekommen hatten. Damit aber nicht genug, denn weil Gelder an die Ukraine schneller flossen als erwartet, musste die EFF mehrmals aufgestockt werden. Im Juli 2023 betrug die Summe schon 12 Milliarden Euro.<sup>20</sup> Dieses Werkzeug liegt außerhalb des regulären EU-Budgets und kann damit EU-Regeln zum Verbot der Finanzierung von Militärprojekten umgehen.

Dieses neue Programm ist außerdem in zwei Aspekten deutlich weitreichender als seine Vorgänger. Zum einen kann Geld für Operationen und Ziele auf der ganzen Welt ausgegeben werden und zum

<sup>12</sup> Die Vorgängerprogramme Preparatory Action on Defence Research (PADR) und European Defence Industrial Development Programme (EDIDP) hatten etwa 590 Millionen Euro zur Verfügung.

<sup>13</sup> <https://eubudgets.tni.org/wp-content/uploads/2022/05/At-what-cost-Statewatch-TNI.pdf>

<sup>14</sup> <https://www.theguardian.com/world/2021/may/19/hard-power-europes-military-drift-causes-alarm>

<sup>15</sup> <http://enaat.org/eu-defence-fund>

<sup>16</sup> <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/159/gemeinsame-sicherheits-und-verteidigungspolitik>

<sup>17</sup> <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0013:0045:de:PDF>

<sup>18</sup> <https://www.dielinke-europa.eu/kontext/controllers/document.php/796.f/1/132aae.pdf>

<sup>19</sup> Der Athena Mechanismus war ein Vorgänger-Programm der Europäischen Friedensfazilität das im Jahre 2004 verabschiedet wurde. Alle EU-Länder (mit Ausnahme Dänemarks) hatten sich damals bereit erklärt, zu diesem Programm beizusteuern, um einige der Kosten von EU-Militäroperationen zu finanzieren.

<sup>20</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ukraine-borrell-will-waffenhilfe-erhoehen-19044835.html>

anderen kann die EFF nicht nur Transport, Einquartierung oder Ausbildung, sondern auch Waffen finanzieren. Die Entscheidung darüber, wo mit diesen Geldern wie eingegriffen wird, bleibt weiter bei den Mitgliedsstaaten.<sup>21</sup> Laut dem Text des Gesetzes ist der Zweck dieser Fazilität, „den Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken, in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen“. Die Gelder des Programms sollen dabei für „Friedenserhaltung, zur Konfliktverhütung und zur Stärkung der internationalen Sicherheit“ eingesetzt werden.<sup>22</sup> Insbesondere von den ersten beiden Punkten sollte man sich allerdings nicht täuschen lassen: Die Gelder in diesem Topf sollen für militärische Zwecke eingesetzt werden. Der Name „**Friedensfazilität**“ verschleiert die ausschließliche Ausrichtung auf militärische Maßnahmen.

Die Transparenz dieser beiden neuen Programme lässt ebenfalls zu wünschen übrig. In Bezug auf den EVF gibt es zwar eine Anforderung zur „Durchführung von Informations- und Kommunikationsmaßnahmen in Bezug auf den Fonds, seine Maßnahmen und Ergebnisse“.<sup>23</sup> Detaillierte Daten müssen der Öffentlichkeit aber nicht zur Verfügung gestellt werden. Bei der EFF gibt es noch weniger Anforderungen zur öffentlichen Berichterstattung, eigentlich gar keine.<sup>24</sup> Es werden also in beiden Fällen und vor allem bei der EFF wahrscheinlich nur die Informationen veröffentlicht, bei denen es opportun erscheint.

### Weitere aktuelle Entwicklungen und Programme

Das „Instrument zur Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung“ (Englisch: „European Defence Industry Reinforcement Through Common Procurement Act“ oder kurz EDIRPA) stellt ein weiteres Instrument dar. Hierbei wurde eine halbe Milliarde Euro bis Dezember 2024 zur Verfügung gestellt, um „Anreize für die Mitgliedstaaten [zu schaffen], im Geiste der Solidarität gemeinsame Beschaffungen vorzunehmen, und [...] den Zugang aller Mitgliedstaaten zu dringend benötigten Verteidigungsgütern [zu] erleichtern“.<sup>25</sup> Seit Juni 2023 gilt außerdem die sogenannte „Verordnung des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Förderung der Munitionsproduktion“ (kurz ASAP) als Teil des EU-Munitionsplans. Durch diesen beispiellosen Plan soll die EU-Verteidigungsindustrie ausgebaut werden, um sowohl die Ukraine als auch die EU selber besser schützen zu können. Auch ASAP, das eine Milliarde Euro (zur Hälfte aus dem EU-Budget und zur anderen Hälfte direkt von den Mitgliedsstaaten) bereitstellt, ist als Maßnahme der Industriepolitik getarnt und soll die Munitionsproduktion innerhalb der EU leistungsstärker machen. Damit greift die EU, wenn auch mit relativ wenig Geld, direkt in den Rüstungsproduktionsprozess ein.<sup>26</sup>

Alle diese Bemühungen müssen im Kontext des sogenannten „Strategischen Kompasses“ gesehen werden, der im März 2022 veröffentlicht wurde. Dieses Papier der Gefahrenanalyse soll der EU dabei helfen, sich in Sachen Sicherheit und militärischer Verteidigung über die nächsten fünf bis zehn Jahre zu stärken. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, meinte dazu: Europa müsse „lernen, die Sprache der Macht zu sprechen“.<sup>27</sup> Und diese beruht für ihn weitgehend auf Militärgewalt. Transparenz ist auch bei diesem strategischen Kompass selten gegeben. Die Linke Europaabgeordnete Özlem Alev Demirel sagte dazu: „Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, die den Kompass auswerten sollten, haben die zugrundeliegende Analyse nie zu Gesicht bekommen, da behauptet wurde, die Daten kämen aus den Mitgliedstaaten. Die Abgeordneten der nationalen Parlamente wiederum konnten die Daten nicht einsehen, weil es sich um ein EU-Dokument handelt, das auf internationaler Ebene erstellt wurde.“<sup>28</sup>

---

<sup>21</sup> Siehe Fußnote 8

<sup>22</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021D0509>

<sup>23</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/De/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R0697>

<sup>24</sup> Siehe <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/european-peace-facility>

<sup>25</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52022PC0349>

<sup>26</sup> <https://www.imi-online.de/2024/01/15/die-eu-auf-ruestungskurs-nach-dem-coronafonds-nun-ein-ruestungsbudget/>

<sup>27</sup> [https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2022-03-21\\_strategic\\_compass-factsheet.pdf](https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2022-03-21_strategic_compass-factsheet.pdf)

<sup>28</sup> <https://www.rosalux.eu/en/article/2155.opposing-the-militarisation-of-the-eu.html>

## Was in Zukunft noch kommen soll

Momentan deutet nichts darauf hin, dass dieser Trend zu immer mehr Geldern für Militär und Rüstung bald zum Stillstand kommt. Ganz im Gegenteil, die Zeichen stehen ganz klar darauf, dass die EU noch mehr Geld in die Rüstungsindustrie pumpen wird. Zum einen wurde im Februar 2024 beschlossen, dass der EVF um 1,5 Milliarden Euro aufgestockt werden soll.<sup>29</sup> Eine Einigung über eine weiterreichende Entscheidung, die EFF noch einmal von 12 Milliarden auf dann 20 Milliarden Euro aufzustocken, wurde allerdings bei einem Treffen der EU-Botschafter am 21. Februar 2024 nicht erzielt. Im Juli 2023 hatte der diplomatische Dienst der EU einen Future Ukraine Assistance Fund (UAF) nur für die Ukraine vorgeschlagen, der mit 20 Milliarden Euro ausgestattet werden soll.<sup>30</sup> Im März 2024 hat die EU-Kommission das schon erwähnte neue Programm namens Europäisches Investitionsprogramm für Verteidigung (EDIP) und eine übergreifende Europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie (EDIS) vorgestellt. Diese Instrumente sollen die im Jahr 2025 auslaufenden bestehenden Programme für die Verteidigungsindustrie zur gemeinsamen Beschaffung und Munitionsproduktion (ASAP & EDIRPA) ersetzen. Dafür soll das EDIP mit ca. 1.5 Milliarden Euro ausgestattet werden. Kernelemente des Programms sind Mehrwertsteuerbefreiungen, Zuschüsse und Darlehen. Damit soll unter anderem die gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern und Bildung von Lagerbeständen sowie Produktionslinien gefördert werden.

Außerdem soll die EU-Kommission die Fähigkeit bekommen, ähnlich wie bei den Corona-Impfstoffen, den Kauf von Rüstungsgütern im Namen der Mitgliedsstaaten zu organisieren. Die Ukraine soll bei dem Programm auf nahezu gleicher Basis wie EU-Mitgliedsstaaten einbezogen werden. Noch müssen diese Instrumente allerdings durch den Rat und das EU-Parlament gehen, was durchaus kompliziert werden könnte.<sup>31</sup>

Der EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Thierry Breton, sagte schon im Frühjahr 2023, dass seiner Meinung nach in Zukunft ein neuer gewaltiger Verteidigungsfonds im Wert von 100 Milliarden Euro notwendig sein werde. Dies sei dann aber eine Aufgabe für die neue Kommission, welche nach der Europawahl im Juni 2024 ihre Arbeit aufnehmen wird.<sup>32</sup> Vermutlich wird dieser neue Verteidigungsfonds dann im Zuge des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens finanziert werden.

## Atomwaffen

Eigene Atomwaffen für die EU forderte im Februar 2024 die Spitzenkandidatin der SPD für die Europawahl und EU-Parlaments-Vizepräsidentin Katarina Barley. SPD-Außenpolitiker Ralf Stegner widersprach und nannte eigene Atomwaffen für die EU eine „brandgefährliche Eskalation“ und „das Gegenteil von europäischer Sicherheit“. Linken-Chef Martin Schirdewan nannte den Vorstoß politisches Säbelrasseln und merkte sehr treffend an, dass es statt nuklearer Eskalation „eine Politik der Deeskalation und zivilen Konfliktlösung“ brauche. Zustimmung gab es im von den Parteien im Bundestag nur von der CDU. Auch der frühere Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, wies solche Überlegungen zurück. Zuspruch gab es für Barley unter anderem vom früheren Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) und dem CSU-Spitzenkandidaten für die Europawahl Manfred Weber.<sup>33</sup> Schon zuvor hatte im Dezember 2023 der ehemalige Außenminister Joschka Fischer (Grüne) eine eigene atomare Abschreckung der EU gefordert.<sup>34</sup>

Inzwischen hat Barley ihre Aussagen vermeintlich relativiert, als sie meinte, so etwas müsse man lediglich bei den Diskussionen über eine europäische Armee mitdenken. Verschärfend ist vor allem

---

<sup>29</sup> <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/im-fokus-die-verteidigungsfonds-und-programme-der-eu-im-ueberblick/>

<sup>30</sup> <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/eu-kriegsfonds-fuer-die-ukraine-bleibt-in-der-debatte-stecken/>

<sup>31</sup> <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/eu-ruestungsinvestitionen-ehrgeiziges-programm-mit-moderaten-mitteln/>

<sup>32</sup> <https://www.reuters.com/world/europe/eus-breton-aiming-3-billion-euro-scheme-ramp-up-defence-production-2024-01-11/>

<sup>33</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/debatte-ueber-anschaffung-von-atombomben-in-europa-100.html>

<sup>34</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/joschka-fischer-atomwaffen-eu-russland-1.6313443>

ihre Aussage, dass so eine fundamentale Entscheidung mit enormen Eskalationspotenzial nicht öffentlich diskutiert werden solle, sondern nur ein strategisches Detail sei, welches in die Gremien gehöre.<sup>35</sup> Dass die EU eine eigene Armee brauche und auch haben werde, wodurch ihre Transformation hin zu einer Militärunion vollendet wäre, scheint für sie dabei außer Frage zu stehen. Außerdem wird sehr deutlich, dass außer an Diplomatie nur an militärische Lösungen gedacht wird, an Zivile Konfliktbearbeitung oder Soziale Verteidigung jedoch gar nicht.<sup>36</sup>

Dabei ist diese Debatte überhaupt nicht neu. 1974 bei der Verhandlung des Atomwaffensperrvertrags wurde bereits eine Hintertür geschaffen: In einer Protokollnotiz hatte man damals angemerkt, dass keine einzige Regelung des Vertrags so interpretiert werden dürfe, dass sie eine europäische Einigung und besonders eine Europäische Union mit entsprechenden Atomwaffen-Kompetenzen einschränke. 2007 hatte dann der damalige Französische Präsident Sarkozy Deutschland angeboten, über französische Atomwaffen mit verfügen zu können. Nachdem es zuerst wenig Rezeption von deutscher Seite gab, wurde 2017 schließlich durch den wissenschaftlichen Dienst des deutschen Bundestages ein Gutachten angefertigt. Dieses Gutachten kam zu einem Ergebnis, das in der Auslandspresse unter anderem so aufgefasst wurde, dass ein EU-Atomwaffenprogramm rechtlich legal sei. In der Tat kam das Gutachten zu folgendem Schluss: „Im Ergebnis schließt die fehlende Staatspraxis eine Möglichkeit zur Finanzierung ausländischer Atomwaffenpotentiale rechtlich **nicht** aus. Auch aus dem allgemeinen Völkerrecht ergibt sich derzeit **kein** (!) Finanzierungs- und Unterstützungsverbot für ausländische Atomwaffenpotentiale.“ Die Frage, ob dies auch über den EU-Haushalt zu Stande kommen könnte, wurde so beantwortet, dass es einen EU-Verteidigungsetat gar nicht gebe. Inzwischen gibt es so etwas im Rahmen des aktuellen Finanzrahmens jedoch effektiv aber.<sup>37</sup> Dass diese Debatte jetzt wieder an Fahrt aufzunehmen scheint, ist alarmierend. Statt zu deeskalieren, sind auch Atomwaffen für die EU oder sogar für Deutschland plötzlich anscheinend kein Tabu mehr.

## Fazit

Im Verlauf der aktuellen Legislaturperiode hat also eine signifikante Militarisierung der EU stattgefunden. Dies ist vor allem eine Folge des Ukraine Krieges, aber auch des wachsenden Misstrauens in die Verlässlichkeit von Sicherheitsgarantien durch die USA. Anstatt aber Alternativen einer zivilen Politik der Konfliktbearbeitung und Verteidigung zu entwickeln, wird nur darüber nachgedacht, wie die EU sich alleine militärisch behaupten könnte. Die Diskussion(en) über eine EU-Armee oder EU-eigene Atombomben, sowie die Äußerungen von Thierry Breton, dass bald ein neuer Verteidigungsfonds nötig sein werde, der mit 100 Milliarden Euro nochmal um ein vielfaches größer sein soll als der aktuelle, zeigen dass kein Ende dieses Trends hin zu immer stärkerer Militarisierung der EU abzusehen ist.

Text: Felix Fassemeier, Stand: März 2024

---

<sup>35</sup> <https://www.rnd.de/politik/barley-ueber-atomwaffen-aeusserung-keine-forderung-aber-realistische-feststellung-ZJBFPLMOIFPYBIBEVTEHE2WYNE.html>, für eine Liste von Unterzeichnern des Atomwaffensperrvertrages siehe: [https://web.archive.org/web/20130311220936/http://dtirp.dtra.mil/pdfs/npt\\_status\\_2009.pdf](https://web.archive.org/web/20130311220936/http://dtirp.dtra.mil/pdfs/npt_status_2009.pdf)

<sup>36</sup> Auch über eine deutsche Atombombe wird diskutiert. So sagte z.B. Sicherheitsexperte Markus Kaim im Deutschlandfunk, dass er eine EU-Eigene Atombombe für unrealistisch halte, eine deutsche Atombombe sich langfristig eher vorstellen könne. (<https://www.deutschlandfunk.de/eu-nur-mit-eigener-atombombe-verteidigungsfaehig-interview-mit-markus-kaim-dlf-8b620c18-100.html>)

Auch rein rechtlich wäre eine deutsche Atomwaffe problematisch, da Deutschland dafür aus dem Atomwaffensperrvertrag von 1968 aussteigen, den Deutschland 1975 ratifiziert hat. Auch viele andere EU-Staaten haben diesen Vertrag ratifiziert und alle haben ihn zumindest unterschrieben. Auch aus diesem Grund lehnen die Verteidigungspolitiker Henning Otte (CDU) und Wolfgang Hellmich (SPD) diese Debatte ab. (<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/aufreueung-deutschland-atomwaffen-100.html>)

<sup>37</sup> <https://www.imi-online.de/2019/04/10/atommacht-europa/>